

76

7101

Freie und Hansestadt Hamburg

Sozialbehörde

Amt für Wiedergutmachung

7063

N/E

## Wiedergutmachungsakte

## Erbengemeinschaft

(Familien- und Rufname)

Dr. Buxbaum, Hans

ten durch:

icht: Blatt

KLAGESACHE

ABGESCHLOSSEN

Hinweise auf Akten

Fürsorgeakte

Rückerstattungs-Akten

Strafakten

Rentenakte

BR-Akte

Referat:

62 291

1012 94

2, 3, 4, 5, 6, 7, 8  
2

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

Vor Ausfüllung Anleitung lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nichtzutreffendes streichen!

ENTSCHEIDUNGSGEBER  
(Eingangsstempel)  
26. MRZ. 1965  
mit Anlagen

für Dr. Hans Buxbaum besteht Kartekarte  
Annie Rau kein Vorg. Kartekarte gef.  
Olga Frank geb. Buxbaum

E 21567  
Empfangsbestätigung erteilt am 26. MRZ. 1965  
C D E F

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand  
Antrag

auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz - BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)

I. Berechtigte(r) federführend

A

1. Name: 1. Annie Rau, 2. Olga Frank geb. Buxbaum

Vornamen:

Geburtstag und -ort (Kreis, Land):

Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land): 90048

1. 30. 1. 1906

1. 7200 Hollywood Blvd., Hollywood, Calif.

2. 4. 5. 1910

2. 65 East 96th Str., New York 28, N. Y.

(Straße und Haus-Nr.) USA

Familienstand: ~~led.~~ / verh. / verw. / gesch. 1 und 2

Anzahl der Kinder: 1 - ~~1 Tochter~~ Alter der Kinder: Sohn, 1. 37 Jahre, 2. 26 Jahre

Staatsangehörigkeit: frühere: 1 Tochter, 2. - deutsche  
jetzige: 1. - deutsche, 2. - amerikanische

2. Beruf:

Erlernter Beruf: 1. Orthopaedin, 2. Dr. jur.

Jetzige berufliche Tätigkeit: 1. Orthopaedin, 2. Schriftsteller

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?

ja / nein

Wenn ja:

Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?

ja / nein

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

nach unserem Onkel, Dr. Hans Buxbaum,

II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

1. Name: Dr. Buxbaum

Vornamen: Hans

Hamburg

Geburtstag und -ort (Kreis, Land):

Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

10. Mr. 12. 1894

gestorben am: 1947, 24. Juni

(Straße und Haus-Nr.)

in (Kreis, Land): London / England

Staatsangehörigkeit: frühere: deutsche

letzte: englische

2. Beruf

Erlernter Beruf: Dr. jur., Dr. der Germanistik, Beruf: Regisseur und

Letzte berufliche Tätigkeit: Regisseur, Dramaturg u. Schriftsteller, Dramaturg

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

aus rassische Gruenden



IV.

- a) Mitgliedschaft bei der NSDAP;  
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP:  
bei welchen?

- b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952  
verstorben, ausgewandert, deportiert oder aus-  
gewiesen:

- c) Bei Heimkehrern:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach  
der Heimkehr:

- d) Bei Vertriebenen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach  
der Heimkehr:

- e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen:  
Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt  
(Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach  
der Flucht:

- f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?

Wohin nach dem 31. Dez. 1946 ausgewandert?

Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:

- 4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.**

- a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten:  
Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?

- b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention:  
Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?

- c) Geschädigt aus Gründen der Nationalität?

[illegible]

Das Ruckensadagebet wurde  
nicht berücksichtigt. 29/3.65 ks

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für: (Nichtzutreffendes ist zu streichen)

1. Schaden an Leben

(wenn der Verfolgte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getötet oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorben ist)

XXX nein

2. Schaden an Körper und Gesundheit

ja XXX

3. Schaden an Freiheit

durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung

ja / XXX

4. Schaden an Eigentum (§§ 51—55, 146)

ja / nein

5. Schaden an Vermögen (§§ 56—58, 146)

ja / nein

6. Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten (§§ 59—63, 153)

ja / XXX

7. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 64—137)

a) im beruflichen Fortkommen (§§ 65—125)

ja / nein

b) im wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 127—137)

ja / nein

8. Rückwanderer (Soforthilfe, § 141)

XXX nein

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen.)

1. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht?

ja / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Wann?

Aktenzeichen

entfaellt

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

ja / nein

Von welchen Stellen im In- und Ausland haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Geld- oder Sachleistungen erhalten (z. B. Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

| Art der Leistungen: | Von welchen Stellen? | Wann? | RM | DM |
|---------------------|----------------------|-------|----|----|
| entfaellt           |                      |       |    |    |
|                     |                      |       |    |    |
|                     |                      |       |    |    |
|                     |                      |       |    |    |

2. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht?

ja / nein

| Wegen welcher Vermögensgegenstände? | Bei welchen Stellen? | Aktenzeichen |
|-------------------------------------|----------------------|--------------|
|                                     |                      |              |
|                                     |                      |              |
|                                     |                      |              |
|                                     |                      |              |

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden?  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

ja / nein

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

| Art der Leistungen: | Von welchen Stellen? |
|---------------------|----------------------|
|                     |                      |
|                     |                      |
|                     |                      |
|                     |                      |

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden?

ja / nein



**B**

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafblichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an

(Behörde)

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

-Verfahren eingereicht

**C**

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

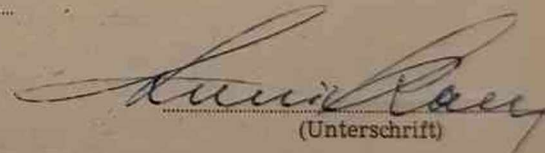
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Los Angeles

(Ort)

, den 23. 3. 1965

(Datum)

  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind Anlagen beigelegt, und zwar:

- |         |          |
|---------|----------|
| 1. .... | 6. ....  |
| 2. .... | 7. ....  |
| 3. .... | 8. ....  |
| 4. .... | 9. ....  |
| 5. .... | 10. .... |

Ich hatte mich wiederholt erkundigt, wo mir der Bescheid zuteil wurde, dass ich nicht berechtigt sei, Ansprüche zu stellen. Diese Auskunft war jedoch falsch, so dass ich bitte, mich nunmehr in den früheren Stand einzusetzen.

Federführend:

-----  
Mrs. Annie R a u  
7200 Hollywood Blvd.  
Apt. 207  
Hollywood, Calif. 90048

WG 4 - 1012 94/4

B. 21 565

EG nach Dr. Hans BUXBAUM

Hamburg, den 2. April 1965.  
Hu/mo

6

HS 4

Die Erben nach Dr. Hans BUXBAUM,

seine Nichten : Annie R a u und ) Erbschein liegt  
Olga F r a n k geb. Buxbaum) nicht vor,

machen erstmalig mit am 26. März 1965 eingegangenen Formular-  
Antrag Ansprüche nach ihrem Onkel geltend und beantragen  
gleichzeitig Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (s. letzten  
Absatz, letzte Seite des Antragsformulars).

Vorausgegangen ist lediglich die Anfrage Bl. 4 vom 28.12.64,  
die mit Schreiben Bl. 5 beantwortet wurde. Weiter liegt eine  
Anfrage der CFD vom 20.7.60 vor (Bl. 1-3).

Die Antragsfrist ist versäumt. Der Wiedereinsetzungsantrag  
müßte m.E. abgelehnt werden.

Bitte um Entscheidung, ob die Sache bis zum Erlaß des Schluß-  
gesetzes zurückgestellt oder R 4 vorgelegt werden soll.

*Hunderlage*  
(Hunderlage) S. 4

# FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

## ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE

37

### AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

Sprechzeit:

Nur montags von 8-15 Uhr

FERNSPRECHER: 34 10 16

BEHÖRDENNETZ: 23 App.

WG 4 -1012 94/4

Aktz.: Dr. Hans Buxbaum-Erben  
(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, den 14. Oktober 1965  
Fr/fy.

#### In der Entschädigungssache

- 1.) der Frau Annie R a u , geboren 30.1.1906,  
wohnhalt: 7200 Hollywood Blvd., Hollywood, Calif. 90046 USA.,
  - 2.) der Frau Olga F r a n k geb. Buxbaum, geboren 4.5.1910,  
wohnhalt: 65 East 96th Str., New York 28, N.Y. - USA.,
- nach Dr. Hans B u x b a u m, geboren 10.12.1894, gestorben 24.6.47,

**Arbeits- und**  
ergeht durch die Sozialbehörde — Amt für Wiedergutmachung — der Freien und Hansestadt Hamburg  
auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) — BGBl. 1956 I S. 559 — i.V. m. d. Durchführungs-  
verordnungen zum BEG  
folgender

#### B e s c h e i d :

##### I.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird abgelehnt.

##### II.

Der Antrag auf Entschädigung wird als unzulässig zurückgewiesen.

#### Rechtsmittelbelehrung:

Soweit durch diesen Bescheid der Anspruch abgelehnt worden ist oder der Berechtigte anderweitig beschwert ist, kann dieser innerhalb einer Frist von drei Monaten gegen die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Sozialbehörde — Amt für Wiedergutmachung —, vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Hamburg, Hamburg 11, Zippelhaus 5, Hths., schriftlich (möglichst zweifach) Klage erheben.

Wohnt der Antragsteller im außereuropäischen Ausland, so tritt an Stelle der Frist von 3 Monaten eine Frist von 6 Monaten. Die Fristen nach Absatz 1 und 2 sind Notfristen; sie beginnen mit der Zustellung dieses Bescheides.

Die Klageschrift muß enthalten: 1) Die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts,

2) die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag (§ 253 ZPO)

G r ü n d e :

Die Antragstellerin zu 1) Frau Annie Rau hat zugleich im Namen der Antragstellerin zu 2) Frau Olga Frank mit Formularantrag vom 23.3.1965 - beim Amt eingegangen am 26.3.1965 - Ansprüche auf Grund des BEG nach ihrem Onkel Dr.Hans Buxbaum für Schaden geltend gemacht, den dieser an Körper oder Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Vermögen, durch Zahlung von Sonderabgaben sowie im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitten habe.

24 Hinsichtlich der Versäumung der Antragsfrist begehrt die  
Antragstellerin zu 1) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand  
und trägt dazu vor, durch eine falsche Auskunft an der recht-  
zeitigen Geltendmachung gehindert worden zu sein. Sie habe  
27 sich wiederholt persönlich sowohl im Jahre 1953 als auch noch-  
25 mals im Jahre 1956 bei der deutschen diplomatischen Vertretung  
in Havanna erkundigt und von einem dortigen Bediensteten die  
Auskunft erhalten, nicht anspruchsberechtigt zu sein. Den  
Namen dieses Beamten kenne sie nicht. Der Umstand jedoch,  
dass sie in eigener Sache form- und fristgerecht Ansprüche  
angemeldet habe, sei als Indiz dafür zu werten, dass sie in  
Sachen des Onkels eine negative Auskunft erhalten hätte;  
andernfalls hätte sie diese Ansprüche gleichfalls geltend ge-  
macht. - Auf den Akteninhalt wird Bezug genommen.

Die Anträge sind unbegründet.

Die Antragstellerin zu 1) hat nicht glaubhaft gemacht, ohne ihr Verschulden verhindert gewesen zu sein, die am 1.4.1958 abgelaufene Antragsfrist einzuhalten. Für das Vorbringen, durch eine falsche Auskunft einer amtlichen Stelle an der rechtzeitigen Antragstellung gehindert worden zu sein, ist die Antragstellerin beweispflichtig. Sie vermag jedoch nicht anzugeben, welche Person ihr eine falsche Auskunft erteilt hat, so dass dem Amt die Möglichkeit einer Überprüfung genommen ist.

34 Es muss bezweifelt werden, dass die Antragstellerin von einem Angehörigen der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik in Havanna die Auskunft über eine fehlende Anspruchsberechtigung erhalten hat, denn das deutsche Behördenpersonal ist angewiesen, Fragesteller im Zweifelsfalle an die fachlich zuständige Stelle, in diesem Falle an die Entschädigungsbehörde zu verweisen. Die Zweifel werden durch das Vorbringen der Antragstellerin verstärkt, sie habe in ihrer eigenen Sache form- und fristgerecht Ansprüche angemeldet. Durch Einsichtnahme in ihre beim Bayerischen Landesentschädigungsamt geführten Akte hat sich ihr Vortrag als unrichtig herausgestellt; denn die Antragstellerin hat erstmalig eigene BEG-Ansprüche mit Antrag vom 8.7.1960 - eingegangen am 16.8.1960 - geltend gemacht und im Verfahren über ihren Schaden an Körper und Gesundheit sogar hilfsweise Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.



3.Blatt

zum Bescheid vom 14. Oktober 1965  
WG 4 - 1012 94/4 - Dr. Hans Buxbaum Erben

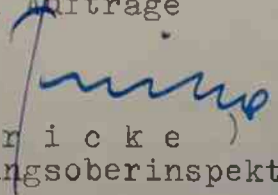
Es muss zusammenfassend festgestellt werden, dass die Antragstellerin zu 1) nicht dargelegt hat, ohne Verschulden an der Wahrung der Antragsfrist verhindert gewesen zu sein.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muss daher gem. § 189 (3) BEG abgelehnt werden.

Der Antrag auf Entschädigung ist verspätet eingereicht worden und folglich als unzulässig zurückzuweisen.

Bei diesem Ergebnis bedarf es keiner Prüfung der übrigen Anspruchsvoraussetzungen einschliesslich der Erbeslegitimation.

Im Auftrage

  
( F r i c k e )  
Regierungsoberinspektor

St. H. f. d. m. d. R. R. R. 48. 2. 62.

**Einschreiben**

50

Annie Rau  
7200 Hollywood Blvd.  
Hollywood, Calif. 90046  
USA

An das  
Amt fuer Wiedergutmachung  
Freie Hansestadt Hamburg  
2 H a m b u r g  
Drehbahn 54  
Germany

|                      |  |
|----------------------|--|
| Eing: - 2. MRZ. 1967 |  |
| Abt: Z. 1012 94/16   |  |

24. Febr. 1967

M. R. R. 30. 1. 06  
mit Hinweis als Erb-  
in: L. 1012 94.  
H. R. R. R. R. R.  
H. R. R. R. R.

Bis: 2/3. 67.

Vfz.

S 16

Betr.: Meine Entschädigungssache  
Az.: WG 6 - 1012 94/16

Bitte um Klärung,  
auf welchen Namen das  
nebenstehende Akten-  
zeichen eingetragt  
ist.

Sehr geehrte Herren,

In vorbezeichneter Sache verweise ich auf das neue  
Schlussgesetz, wonach eine ganze Reihe von Anmeldungen  
bis spaetestens

31. Maerz 1967

getaetigt werden muss, um die gesetzlichen Fristen zu  
wahren. Ich ueberlasse Ihnen nunmehr in der Anlage die  
nach dem Gesetze notwendigen Anmeldungen, wobei mir als  
Laie nicht zugemutet werden kann, die feinen Nuancen  
des Gesetzes einzuhalten, so dass ich die saemtlichen  
Anmeldungen vornehme, um keine Fristen zu versaeumen.  
Es handelt sich hierbei um alle die neuen Anmeldungen,  
die durch die wesentlichen Aenderungen des Gesetzes  
hervorgerufen wurden.

Ich wiederhole daher:

1. die alten Anmeldungen, soweit sie von Ihnen noch nicht

behandelt und erledigt wurden,

2. saemtliche neuen Anmeldungen, die ich in der Anlage vorlege.

Hierbei moechte ich insbesondere noch auf folgende Tatsachen hinweisen:

Verfolgte, welche die Antragsfrist des # 189 versaeumt haben, muessen ganz abgesehen davon, dass wie in meinem Falle, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach # 189 begruendet ist, ueber # 171 beruecksichtigt werden, nachdem meine Ansprueche als solche eindeutig im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes begruendet sind und deren Befriedigung allein an der Versaeumung der Antragsfrist scheitert. Der Bundesgerichtshof hat in seiner Rechtsprechung wiederholt festgestellt, dass sich der Staat bei Anspruechen sozialen Charakters aus allgemeinen Rechtsgruenden nicht auf die Versaeumung der Antragsfrist berufen kann.

Der BGH geht mit Recht davon aus, dass das Recht, das den Ausgleich von Schaden an Leib und Leben, an Freiheit, Eigentum und Vermoegen, im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen, zum Inhalt hat, kurzum das Wiedergutmachungsrecht (oeffentliches Recht darstellt.

Fuer dieses Recht ist charakteristisch, dass seine Normen im Zweifel zwingender Natur sind und nicht zur Disposition der Betroffenen und Beteiligten steht.



- 3 -

Ich bitte daher meine Entschädigungsansprüche in  
diesem Sinne zu entscheiden.

Hochachtungsvoll

x *Emil Raus*

~~Ich mache~~ Sie auf den Fristablauf zur Antragstellung am 30. September 1966 aufmerksam.

"Das Zweite Gesetz zur Aenderung des Bundesentschaedigungsgesetzes vom 14. 9. 1965 (BGBl. I S. 1315) - Schlussgesetz -, das im Mitteilungsblatt des Beirats fuer Wiedergutmachung veroeffentlicht wurde, hat nicht unbeachtliche Verbesserungen gebracht und gibt jedem Entschaedigungsberechtigten Veranlassung, seine bisherigen Bescheide, Vergleiche und gerichtlichen Entscheidungen zu ueberpruefen und evtl. eine Anmeldung weitergehender Ansprueche vorzunehmen. Nachstehend geben wir nochmals bekannt, welche Verbesserungen vorgesehen sind, ohne dass diese Aufstellung fuer sich in Anspruch nimmt, ausschliesslich und vollstaendig zu sein.

Nahe Familienangehoerige (Ehegatten, Kinder) eines Verfolgten gelten nunmehr als Verfolgte, wenn sie von NS-Gewaltmassnahmen mitbetroffen und hierdurch geschaedigt worden sind.

NS-Verfolgte, die aus der sowjetischen Besatzungszone bis 31.12.1964 zugezogen sind, koennen Entschaedigungsansprueche geltend machen.

Verfolgte, die, ohne deutsche Staatsangehoerige zu sein, in das Land ihrer Staatsangehoerigkeit vom Deutschen Reich

aus ausgewandert sind, koennen Entschaedigungsansprueche geltend machen.

Verfolgte aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig werden dem Verfolgten aus dem ehemaligen Reichsgebiet nach dem Stande vom 31.12.1937 gleichgestellt.

Eine zwangsweise-Ueberbringung eines Deportierten in das Reichsgebiet steht einem Entschaedigungsanspruch nicht entgegen. Eine nicht wiederverheiratete Witwe eines Verfolgten hat als Erbin auch dann Entschaedigungsansprueche, wenn ihr Ehemann vor dem 31.12.1952 ausserhalb des Geltungsbereichs des BEG verstorben ist, jedoch seinen letzten Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Reichsgebiet nach dem Stande vom 31.12.1937 hatte.

Verfolgte, die mindestens ein Jahr in KZ-Lager-Haft waren und in ihrer Erwerbsfaehigkeit um mindestens 25 % gemindert sind, haben Anspruch auf Rente, allerdings nicht auf Kapitalentschaedigung und auf ein Heilverfahren.

Bei Ablehnung von Anspruechen mit der Begruendung, dass sie auch ohne Verfolgung entstanden waeren, kann erneut angemeldet werden, da die Entschaedigungsbehoerde nunmehr darlegen muss, dass der Schaden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch ohne Verfolgung eingetreten waere. Ist ein Verfolgter, der wegen Schadens an Koerper oder Gesundheit eine Rente wegen einer verfolgungsbedingten MdE von 70 % bezogen hat, nicht an den Folgen dieser Gesundheitsschaedigung verstorben, so stehen der Witwe und den Kindern eine Beihilfe in Hoehe von



2/3 der eigentlichen Rente zu. Eine Witwe eines Verfolgten, der vor der Verfolgung seinen Wohnsitz im Reichsgebiet nach dem Stande vom 31.12.1937 oder in Danzig hatte, erhaelt eine Berufsschadensrente im Falle des Vorliegens deren Voraussetzungen auch dann, wenn der Verfolgte vor dem 1.10.1953 verstorben ist; Rentenbeginn 1.1.1960.

Rassistisch Verfolgte in Bulgarien, Rumaenien und Ungarn erhalten im Falle einer Inhaftierung Entschaedigung ab 6.4.1941.

Bei Fehlen lebenslaenglicher Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsuetzen oder auf Ruhelohn sowie auf Hinterbliebenenversorgung ist der Kapitalentschaedigung im Berufsschaden ein Zuschlag von 20 % hinzuzurechnen. Im Falle eines Rentenbezuges erhoehrt sich mit Ausnahme der Mindestrente bei den in unselbstaendiger Erwerbstaetigkeit Geschaedigte die laufende Rente.

Renten aus der Sozialversicherung sind nicht anrechenbar, so dass der Zuschlag zu gewaehren ist.

Antragstellung duerfte in fast allen Faellen, in denen in unselbstaendiger Erwerbstaetigkeit Geschaedigte eine Rente beziehen angezeigt sein.

Falls ein Verfolgter vor Ausuebung des Rentenwahlrechts verstorben ist, kann die Witwe bei Vorliegen der Rentenwahlvoraussetzungen das Wahlrecht ausueben.

Die Entschaedigung fuer Ausbildungsschaden wird grundsaeztlich von DM 5000,- auf DM 10.000,- erhoehrt.

Bei Rentenanspruechen wegen Schadens an Koerper oder Gesundheit, die ausschliesslich wegen negativer aerztlicher Gutachten abgelehnt worden sind, kann ein Antrag auf erneute Entscheidung ueber den Anspruch gestellt werden.

Ein Anspruch auf Soforthilfe in Hoehe von DM 3000,- besteht, wenn einem Verfolgten die Freiheit mindestens fuer 3 Jahre entzogen worden ist.

Anspruch auf Soforthilfe hat der Verfolgte deutscher Volkzugehoerigkeit, der in der Zeit vom 30.9.1938 bis 8.5.1945 aus den Gruenden des # 1 BEG ausgewandert oder ausgewiesen worden ist und seinen letzten Wohnsitz in einem dem Deutschen Reich nach dem 30.9.1938 angegliederten Gebiet, einschliesslich des ehemaligen Protektorats Boehmen und Maehren, gehabt hat, wenn er nach dem 8.5.1945 seinen Wohnsitz im Geltungsbereich des BEG genommen hat. Im Zeitpunkt der Entscheidung muss der Verfolgte die deutsche Staatsangehoerigkeit besitzen. — Es wird dringend empfohlen, den Gesetztext eingehend zu studieren und auch in Zweifelsfaellen vorsorglich einen Anspruch bei der zustaeendigen Entschaedigungsbehoerde geltend zu machen. Die Antraege muessen bis spaetestens 30.9.1966 unter Angaben zur Person (Name, Anschrift, Geburtsdatum) und den wirtschaftlichen Verhaeltnissen (bei Erbenspruechen die des Verfolgten), von Beweismitteln ueber Art und Umfang des Anspruchs begruendeten Sachverhalts in den Einlauf der Entschaedigungsbehoerde gebracht werden. Die Angaben muessen so vollstaendig als moeglich sein, da sonst die Gefahr des

des Ausschlusses von der Entschädigungsleistung besteht. Sofern schon eine formelle Anmeldung von Ansprüchen vorliegt, müssen diese ebenfalls bis spätestens 30.9.1966 nach Massgabe der vorerwähnten Aufschlüsselung begründet werden. Wurde über die bisher geltend gemachten Ansprüche durch unanfechtbaren Bescheid oder rechtskräftiges Urteil entschieden, so kann bis 30.9.1966 erneut angemeldet werden, wenn auf Grund des BEG-Schlussgesetzes erstmalig ein weitgehender Anspruch gegeben ist. Wurde der bisherige Anspruch durch Vergleich, Verzicht oder Abfindung geregelt, so kann bei Vorliegen eines weitergehenden Anspruchs nach dem BEG-Schlussgesetz die Regelung durch Erklärung gegenüber der Entschädigungsbehörde angefochten werden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass mit der Anfechtung der Vergleich rückwirkend unwirksam wird. Es besteht in diesem Falle kein Rechtsanspruch, dass mindestens an der bisherigen Regelung festgehalten wird. Es muss völlig neu über den Anspruch entschieden werden. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nicht damit gerechnet werden kann, dass neue Antragsfristen eröffnet werden. Selbst wenn die Begründungsfrist verlängert wird, ist es trotzdem erforderlich, dass der Antrag als solcher bis spätestens 30.9.1966 bei der Entschädigungsbehörde vorliegt."

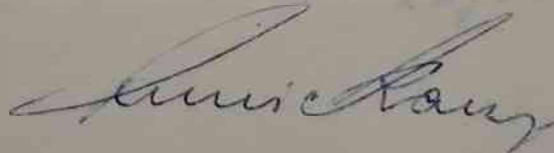


- 6 -

Hiermit melde ich ausdruecklich alle meine Ansprueche nach dem Schlussgesetz vom 14. September 1965 fristgemaess an, soweit sie mir zustehen. Ferner wiederhole ich meine frueheren Anmeldungen, und ich bitte die noch ausstehenden Ansprueche zur Entscheidung zu bringen. Sollten Sie noch irgendwelche zusaetzlichen Informationen benoetigen, so bitte ich mir dies mitzuteilen, damit ich Ihnen diese sofort andienen kann. Sollten noch besondere Formulare auszufuellen sein, so bitte ich mir diese gleichfalls sofort zukommen zu lassen, damit in der Durchfuehrung der Angelegenheit keine wie nur immer geartete Verzoegerung eintritt. Jedenfalls danke ich Ihnen fuer Ihre Bemuehungen und verbleibe

mit vorzueglicher Hochachtung

X



Dr. Karl Rau  
7200 Hollywood Blvd. # 110  
Hollywood, Calif. 90046  
USA

Freie und Hansestadt Hamburg  
Arbeits- und Sozialbehörde  
Amt für Wiedergutmachung 23. Juni 1967  
Eing. 27. JUNI 1967  
Anl. / Zuständig  
Am. 29.6.67

Amt fuer Wiedergutmachung  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Arbeits- und Sozialbehoerde

2 Hamburg 36  
Drehbahn 54  
Germany

Betr.: Entschädigungssache Dr. Karl Rau nach Annie Rau nach Dr. Hans Buxbaum

Az.: WG 4 - 1012 94 -4-

Verfügung

Sehr geehrte Herren:

Bitte Kartensatz berücksichtigen.

Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass meine Frau am 22. April 1967 in Los Angeles (Burbank) verstorben ist.

Ich bin kraft des Testamentes der alleinige und ausschliessliche Erbe nach meiner Frau, ich bin jedoch noch nicht in der Lage innerhalb der kurzen Frist mich mit der Materie zu befassen und Ihnen einen eindeutigen Bescheid zukommen zu lassen.

Demzufolge stelle ich die Bitte, mir die Frist bis 1. Jan. 1968 zu verlaengern, innerhalb deren ich Ihnen dann meinen Bescheid zukommen lasse.

Jedenfalls danke ich Ihnen fuer Ihr Entgegenkommen und ich bitte um eine kurze Bestaetigung meines Gesuchs.

Ich danke Ihnen fuer Ihre Bemuehungen und zeichne mit

Proz. Abtlg. bel. mitgeteilt  
K mit SB 8 122  
bon. schriftl. 1:  
28.6.67

mit vorzueglicher Hochachtung

Dr. Karl Rau